

In Halle vierteljährlich 2,50 M., bei  
regelmäßiger Zustellung 2,75 M., durch  
den Post 3,25 M., auswärts Zustellungs-  
gebühr. Bestellungen werden bei allen  
Nachsendungen angenommen.  
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis  
unter „Saale-Beitung“ eingetragen.  
Für unvollständigen Mannuskript  
wird kein Gewähr übernommen.  
Abdruck nur mit Quellenangabe:  
„Saale-Bl.“ gestattet.

Verantwortlicher der Redaktion Nr. 1140:  
Gottlieb Hehl Nr. 17; Redaktionshilfs  
Kassier Nr. 2265.

# Saale-Beitung.

Einundvierzigster Jahrgang.

werden die Spaltenpreise von deren  
Raum mit 30 Pfg. für jede Zeile mit  
20 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-  
stelle, von unten Annahmestellen und  
allen Annoncen-Expeditoren an-  
genommen. Reklamen die Seite 75 Pfg.

Erklärt wöchentlich proßmäßig,  
Sonntags und Feiertags nicht,  
sonst prozentual möglich.

Redaktion und Druck-Verlags-  
stelle: Halle, Str. Braunschweig 17;  
Redaktionshilfsstelle: Markt 24.

Nr. 91.

Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 23. Februar

1907.

## Politische Wochenschau.

Der ruhige und feste Ton der Thronrede, mit der  
am Dienstag der Reichstag eröffnet wurde, zeugte von  
der Befriedigung und Genugtuung über das Ergebnis des  
Wahlkampfes sowohl wie auch über die Klärung auf dem  
Gebiete der auswärtigen Politik. Die Spornmacherblätter  
vermählten einen Passus, der Repressalien für die Sozial-  
demokratie ankündigte. Das die Spornmacherblätter  
auch jetzt noch ihre aufreizende Politik fortsetzen, kann nur  
den stärksten Tadel hervorgerufen. Im Gegenteil ist es zu  
begreifen, daß die Thronrede die Fortsetzung der Sozial-  
demokratie ankündigte. Wenn auch die einzelnen Vorlagen  
nicht aufgeführt worden sind, so sind doch eine Reihe von  
Materialien längst spruchreif, und verdienen von einer freiheits-  
lichen Geistesrichtung in Angriff genommen zu werden. Die  
Präsidentenwahl des Reichstages endete mit dem Siege  
des nationalen Blocks. Das Zentrum wurde von der  
Abweisung des Präsidiums ausgeschlossen. Damit ist die  
Klärung der politischen Situation im Reichstage eingetreten.  
Das Schwarz-rote Kartell wird sich vermutlich bei jeder  
möglichen Gelegenheit zusammensuchen, um den neuen Kurs  
ins Wanken zu bringen. Dagegen gilt es sich mit  
parlamentarischer und politischer Einsicht zu wappnen, und  
ein möglichst geschlossenes Vorgehen in die Wege zu leiten.  
Dies mit zu bewerkstelligen, wurde der Zusammenschluß der drei  
linksliberalen Gruppen zu einer liberalen Fraktions-  
gemeinschaft eine politische Notwendigkeit, der von den  
parlamentarischen Vertretern des Liberalismus in zweck-  
entsprechender Weise entprochen wurde. Weitergehende  
Wünsche auf Herbeiführung einer Verschmelzung der  
linksliberalen Gruppen mußten aus realpolitischen Gründen  
verjagt werden. Bemerkenswert ist, daß gerade jetzt, wo der  
Liberalismus eine erhöhte politische Bedeutung zu erreichen  
beinhaltet, der Abg. Warth das Erbe seiner feiner Zeitgenossen  
„Nation“ einstellt, und zu längerem Aufenthalt in den  
Bereinigten Staaten seiner Heimat den Rücken kehrt. Ein  
harter, in sich geschlossener Liberalismus würde sich allerdings  
auch schlecht zu der Rolle eignen, die Partis dem  
Liberalismus zugeordnet hat, indem er ihn zu einer Magd  
der Sozialdemokratie zu fesseln strebt. Damit ist es jetzt  
vorbei. Das Warner Kammern wesentlich anders und  
optimistischer über die politischen Zukunftsaussichten des  
Liberalismus denkt als sein ehemaliger Mitstreiter Warth,  
war deutlich zwischen den Zeilen seiner abfälligen  
Publikationen zu lesen. Die Stellung des Liberalismus  
darin naturgemäß feinerwegs durch das diffiziert werden, was  
der Sozialdemokratie will, sondern allein durch das, was  
der Liberalismus selbst will. Nur für seine Selbstherbeigung  
hat er zu wirken. Dazu ist eine gemeinsame und zielbewußt  
geleitete parlamentarische Tätigkeit in hohem Maße ge-  
eignet.

Das preussische Abgeordnetenhaus erlebte in  
seiner Sitzung den Justizetat und den Etat des  
Ministeriums des Innern. Die Auflösung des Depots  
von der Hauptverwaltung der Staatsgüter wurde  
endgültig angenommen. Die Vorlagen über die Ver-  
einigung der Dreifachen und über die Ausübung des  
Landrechts gingen an Kommissionen von 21 Mitgliedern.  
Die Anträge auf Erhöhung von Beamtengehältern wurden  
der Budgetkommission überwiesen und die Erweiterung des  
Landespolizeibereichs Berlin in zweiter Lesung angenommen.  
Die Anregung des Herrn v. Seebitz, den sozialdemokratischen  
Zeremonien, der sich nach den Reichstagswahlen bemerkbar  
macht, auf dem Wege des Ausnahmegeretzes zu bekämpfen,  
wurde von dem freisinnigen Abg. Cassel gebührend zurück-  
gewiesen.

Eine Reihe von Todesfällen riefte bekannte Persönlich-  
keiten hinweg. So starb in Bonn der Universitätsprofessor  
Dr. v. Hottenburg, Bismarcks ehemaliger Mitarbeiter,  
der feinsinnige Sozialpolitiker. Der ehemalige Minister  
„Hagen den Handel“, Breßfeld, Möllers Vorgänger starb  
in seiner Zurückgezogenheit. Ferner verschied in Wien die  
90jährige Prinzessin Klementine von Koburg, geb.  
Prinzessin von Orleans, die Witwe des 1881 verstorbenen  
Königs August von Koburg. Eine neue Erweiterung wurde  
der Braunschweigischen Frage zuteil. Die drei Braunsch-  
weigischen Reichstagsabgeordneten wandten sich in erster  
Lesung an den Kaiser, und die übrigen Mitglieder des  
Bundesrats, um ihre Zustimmung zur Umbildung der Thron-  
folge zu erlangen. Der Schritt dürfte ausdrittslos sein,  
wenn die Nachricht richtig ist, daß bereits eine einmütige  
Beschlüßfassung im Bundesrat in Aussicht steht, wonach die  
„Behinderung“ — auch nach dem Tode des Herzogs und  
seines ältesten Sohnes auf Braunschweig — für die jüngere  
Linie fortbesteht. Doch kann die Nachricht von der „Ein-  
mütigkeit“ Beschlüßfassung im Bundesrat nicht ganz korrekt  
sein, da doch die Braunschweigischen Stimmen jedenfalls als ab-  
weichend zu rechnen sind. Neuerdings wird als neuer  
Reichstagsabgeordneter Prinz Friedrich Karl von  
Oester, der Schwager des Kaisers und ehemalige präsum-  
tive Thronerbe von Oester, genannt. Vermutlich ist seine  
Nennung nichts als ein Fühler, und sind die Dinge noch  
nicht soweit, daß man überhaupt schon wieder die Gegen-  
ständfrage diskutieren brauchte.

Die Reimbrüste des „Agenschen Kurier“ haben ein  
wandelndes Aussehen. Eine hinreichende Zulassung  
bezüglich der Angaben, die mit den Namen der Herren  
Fischer und Förgig in Verbindung gebracht worden sind,  
ist noch nicht erfolgt. Der Flottenverein hätte allen Anlaß,  
wären Enthüllungen seine Aufmerksamkeit zu wecken. Die

im Hölpla-Prozess vorgenommene Heranziehung  
Erzbergers zur Jugendausgabe charakterisiert sich nach unserer  
Auffassung und demjenigen zahlreicher anderer Politiker als  
eine Verletzung des Artikels 30 der Verfassung.  
Den logischen Bismarck, die darin liegen, daß man auf  
der einen Seite Erzberger zur Aufgabe zwingt und ihn auf  
der anderen Seite nicht verurteilt, daß man ihn wegen seiner  
Zeugnisschwärzung bestraft, ihn aber zugleich als möglichen  
Mitschuldigen behandelt, vermag der Laienverstand nicht zu  
folgen. Der Reichstag hat sich des verletzten Immunitäts-  
rechts unbedingt anzunehmen. Im übrigen war die Rolle  
Erzbergers in der letzten Zeit nicht gerade sehr rühmlich.  
Seine wiederholten Auseinandersetzungen mit dem Chef  
der Reichsanleihe konnten ihn zwar nicht allzu sehr belasten,  
dagegen machte die Zurücknahme seiner Aufschuldigungen gegen  
Müller einen recht traurigen Eindruck. Erzberger hätte sich  
dann doch bei seinen Vorkämpfern etwas genauer über die  
Wahrheit der selben unterrichten dürfen. Sein Gebahren  
charakterisiert sich als ein Wahlmanöver, ähnlich demjenigen  
des Abg. Müller-Judva. Wie weit der Haß des Zentrums  
gegen Müller geht, konnte man nach den Erklärungen in  
Bielefeld nun auch aus dem ultrakatholischen Vorgehen gegen  
eine Auffassung im Wahlkreis Mühlhausen-Vanger-  
falka entnehmen. Die dort eingetretene Verengung der  
Parteien ist Speiswert. Sichtlich wird der Wahlkreis  
nun nicht durch Stichproben verurteilt und die Enttäuschung der  
liberalen Wählerklasse für den Liberalismus verloren gehen.  
Die Hfäre Schöbner, Mühlhäuser Zeitung“ ver-  
steht in einem besonderen Kapitel behandelt zu werden.  
Doch ist es besser, über die Selbstzerfleischung den Vor-  
gang herniederzulegen zu lassen.

Gegen die Schiffahrtsabgaben macht sich die Oppo-  
sition in letzter Zeit in verstärkter Maße geltend. Einer  
Rundgebung aus Süddeutschland schloß sich die Vertreter-  
schaft der Industrie im Königreich Sachsen an und nun  
macht auch Hessen gegen die Schiffahrtsabgaben mobil.  
Auch mit der Betriebsmittelgemeinschaft hapert es  
gar sehr, wie aus den Äußerungen des Herrn von Weis-  
bach und des preussischen Eisenbahnministers Breitenbach  
hervorging. Die gemalten Fortschritte des deutschen  
Uebersee-Verkehrs wurden veranlaßt durch die  
Feier des 50jährigen Bestehens des Norddeutschen  
Lloyd in Bremen, der eine geradezu glänzende Festlichkeit  
aus Anlaß seines Jubiläums in Szene setzte. Leider wies  
der fürchterliche Unfall der letzten Tage wieder die hohe  
Gefährlichkeit des Schiffverkehrs nach. Der Untergang  
des englischen Dampfers „Berlin“, der ca. 170  
Personen das Leben kostete, macht den Wunsch nach der Aus-  
führung des Kanaltunnels zwischen Frankreich  
und England besonders dringlich. Infolge des Sturmes  
gab Kaiser Wilhelm II seine beabsichtigte Fahrt nach Helgoland  
auf, nachdem er einige Tage in Wilhelmshaven ver-  
weilt hatte.

Die deutsche Thronrede fand ein freundliches Echo im  
Ausland. Die letzte Tage gehaltenen Freundchaftsreden des  
deutschen Botschafters in England, v. Wolff-Metternich,  
fanden sympathische Beachtung, ebenso wie die wiederholten  
Ausführungen des englischen Journalisten Stead im Interesse  
des Friedens allgemeiner Zustimmung sicher waren. Der  
Gegenstand der englischen Journalisten in Deutsch-  
land wird hoffentlich ein neues Band der Verständigung  
um beide Nationen schlingen. Nach lebhafter Debatte  
gelangte die englische Adressdebatte in Unterhause  
am Abschluß. Im Oberhause brachte Lord Newton einen  
Antrag zur Reform des Hauses der Lords ein, womit er  
den Reformvorschlügen der Regierung zuvorkommen will.  
In Frankreich gelang es, die Einigkeit zwischen Clemenceau  
und Briand in der Frage der Stichpolitik wieder  
herzustellen und dem Ministerium ein recht bedeutendes  
Vertrauensvotum zu verschaffen. Briand lehnte den neuen  
Bermittlungsantrag des Pariser Erzbischofs in Sachen der  
Nachverträge vorläufig ab, um vermutlich das Steuer seiner  
Politik wieder mehr nach links zu richten. Der Versuch  
einer nationalistischen Organe, dem Ministerium Clemenceau  
in der Frage der Beibehaltung des Archivs der Pariser  
Kantatüre ein Bein zu stellen, mißlang an der korrekten  
haltung des französischen Kabinetts. In Warschau dauert  
nach den Anstürzen Ermordung, die Verfolgung Kautskis  
fort. Frankreich hielt sich nun, wie eine Rundgebung des  
„Temps“ darin, ganz auf dem deutschen Standpunkt der  
offenen Tür und der Freiheit der Konkurrenz. Der  
japanische Konflikt mit den Vereinigten Staaten er-  
wartet auf diplomatischem Wege seine Beendigung erhalten.  
Der Ausschluß der Kuris aus dem amerikanischen Staats-  
gebiet ist der Kaufpreis, für den Japan die Zulassung seiner  
den gebildeten Kreisen angehörigen Jugend zu den kalifornischen  
Staatsgütern erhält. Der Krieg zwischen  
Honduras und Nicaragua ist trotz aller Schiedsgerichts-  
versuche doch ausgebrochen. Einen pessimistischen Eindruck  
in den regierenden Kreisen Australiens rufte der Ausfall  
der Dumagablen hervor, die wieder mit einem Siege  
der Kaderpartei gendert haben. Also nach Stolypins  
ganze Arbeit vergeblich. Vermutlich wird er sich nicht mehr  
lange behaupten. F. W.

## Deutsches Reich.

### Zur Verlesung der Thronrede.

Einige Blätter berichten: Nach der Verlesung der Thronrede  
im Weißen Saale fiel es allgemein auf, daß der Reichs-  
kanzler einen Augenblick abgette, ehe er sich an die Stimmen

des Thrones beugte, um aus den Händen des Kaisers die  
Thronrede wieder entgegenzunehmen. So entstand eine  
Pause und viele erwarteten, daß der Kaiser der eben  
verlesenen Thronrede noch einige Worte hinzuge-  
fügt würde. Der Kaiser hat bestimmt keine An-  
sprüche geäußert. Nachträglich wird bekannt, daß im  
Augenblick, als der Kaiser die Thronrede entgegen-  
nahm, wurde, wie er das in wiederholt getan, sich noch besonders an  
die verlesenen Abschnitte wenden. Dies Gerücht ist  
bleichlich aus einer Erklärung dafür, daß der bayerische Gesandte  
Graf Lerchensfeld mit den übrigen Hofleuten auf den  
Kaiser sich ebenfalls etwas verspätete. Wenn der Kaiser die  
Thronrede, so gab er sich ebenfalls erst im letzten Augen-  
blick auf.

### Eine Zentruminterpellation.

Das Zentrum beabsichtigt, dem R. Z. zufolge, eine Inter-  
pellation betreffend den französischen Kulturkampf ein-  
zubringen. Diese Interpellation soll demnächst begründet werden,  
daß mit deutschem Gelde erbauten Kirchen in Frankreich,  
wie die Kirche in Navarre und die St. Josephkirche in Paris, von  
den französischen Regierung mit Beschlag belegt worden sind.

### Die Ansicht Jaurets.

In der Zeitschrift „L'Ära“ schreibt Jaurets der deutschen  
Sozialdemokratie folgende Zeilen aus Stambuch:  
„Meiner Meinung nach sollte die deutsche Sozialdemokratie  
nicht vorgehen und einen solchen politischen Schritt tun: sie  
sollte dem bürgerlichen Liberalismus gegenüber so  
handeln, als ob er eine ernste, aufrichtige Kraft wäre, sie sollte  
zu den Liberalen und Demokraten sprechen:  
„Ihr behauptet, ihr wollt endlich die politische Freiheit und  
die Demokratie? Beweist es und fordert in allen Landtagen,  
wo die Gesetzgebung, das allgemeine Wahlrecht sowie  
den Reichstagswahlrecht. — Ihr behauptet, ihr wollt die Ent-  
wicklung der Volkswirtschaft? Beweist es und  
betreibt wirklich alle Parteien des Ultrakatholismus, ficht  
die Volkswirtschaft der aller Konfessionen ledigen Schule und  
trennt die Staat von allen Kirchen! Tut ihr's nicht,  
dann schließt die Liberalen aus und hebt hoch einen  
Hymnus der Unterwerfung mit dem Zentrum heraus, um auch in den  
Dienst der Regierung einzutreten. Dagegen: tut ihr's  
nicht, ihr schließt, eine konstitutionelle demokratische  
Verfassungsweise einzuführen, und führt und befristet ihr  
ein Programm des Friedens, des allgemeinen Wahlrechts,  
der politischen Freiheit und der Volkswirtschaft: dann wollen wir euch  
nicht der Unterwerfung mit dem Zentrum, sondern mit der  
Initiative der Reaktion zu betreiben. Wir werden nach wie vor  
unser Ideal der sozialen Umwandlung behaupten und aus-  
bieten; wir werden euch bekämpfen; nie aber um euch der  
Reaktion auszuliefern, und ihr laßt keine Gefahr,  
welcher Abel Feuer zu kommen.“

So würde der Sozialismus die Verantwortlichkeit des bürger-  
lichen Liberalismus im Ansehn der Weltöffentlichkeit auf die Probe  
stellen und ihn sehr stark nötigen, Partei zu ergreifen und nach  
rechts oder nach links zu rücken.  
Festlich wäre in solch entscheidender Tat die deutsche Sozial-  
demokratie der vollständigen Brüche mit dem Zentrum  
einzuweichen und sich weigern würde bedenklich werden,  
daß ich unter den französischen Kammer gegen die Liberalen nach  
Deutschland verschleppen wolle; aber ich bin überzeugt, daß das  
Zentrum für die deutsche Demokratie und den  
deutschen Sozialismus das größte Hindernis und  
die größte Gefahr ist.“

### Hoeren verläßt den Staatsdienst.

Der Abgeordnete Hoeren, Oberlandesgerichtsrat beim Ober-  
landesgericht in Köln, hat seinen Abschied aus dem  
Staatsdienst erbeten.

### Die Heim-Reise.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ erhält folgende Zuschrift:  
„Mit Bezugnahme auf eine Notiz der „Germania“ vom  
20. Februar, mit der Herrschiff „Hermann“ als  
Denkmals, wo gelangt wird: „Ueberhaupt sind vom Flotten-  
verein alle Nieder, welche gegen denburg gebrochen haben,  
in der Reichsanleihe demnächst werden. Generalmajor Stein  
wird nicht die Eltern haben, daß zu leugnen“, bitte ich um  
Klärung der Erklärung, daß die Notiz in allen Punkten  
unwahr ist. Heim, Generalmajor.“

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ fügt hinzu: „Wir sind von zuständigen  
Stellen ermächtigt worden, diese Erklärung vollständig zu be-  
stätigen.“

### Die Niederlage der Sozialdemokraten

bei den letzten Reichstagswahlen hat vielfach auf der Meinung  
geführt, es werde nun mit dem Radikalismus und mit dem  
unwiderstehlichen Kampf gegen die Reaktion begonnen werden.  
Wie wenig zutreffend diese Auffassung ist, lehrt der „B. N. W.“  
aufgabe der Verlauf von 5 sozialdemokratischen Verlesungen  
in Berlin, in denen das Thema: „Was lehren uns die Reichs-  
tagswahlen?“ behandelt wurde. In allen Verlesungen wurde  
von den Redatoren ein furchtbares Strafgericht über  
die Sozialdemokraten ausgesprochen, das es gewagt haben,  
den Partei Kritik zu üben. In einer Verlesung im Königs-  
platz „Sanktion“ erklärte der Reichstagsabgeordnete  
nach, daß diejenigen nicht können, die in bürgerlichen Blättern,  
die der Parteikontrôle nicht unterstehen, Aufsichten niedersetzen,  
welche von der gegenwärtigen Seite benutzt würden, um Verlesun-  
gen zu stiften. Freie Meinungsäußerung müsse selbstverständlich  
bistate aber nicht innerhalb der Parteikontrôle plagi-  
gessen. Auch „Gruß“ hat die Partei, mit der die Sozial-  
demokraten nicht wieder einmal ein ernstes Wort gesprochen  
werden. Dies würde auf dem Parteitag in Eisen ge-  
schrieben. Die Sozialdemokraten seien Schuld an dem Dreißiger Streit;  
sie hätten auch den „Reichstags“-Konflikt heraufbeschworen und  
sien auch für die Niederlage verantwortlich. Der durch-  
gefallene „Gruß“ hat die Partei, mit der die Partei, mit der  
daraus, daß der letzte Reichstag Gesetze machen werde, die  
gegenüber aufreizen würden und daher dem Wachstum der Partei  
nur nützen würden.





